

Thorner Presse.



Abonnementspreis

für Thorn und Vorstädte frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig pränumerando;
für auswärts frei per Post: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 2 Mark.

Ausgabe

täglich 6 $\frac{1}{2}$ Uhr abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

Redaktion und Expedition:

Katharinenstr. 1.

Fernsprech-Anschluß Nr. 57.

Insertionspreis

für die Spaltzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Inserate werden angenommen in der Expedition Thorn Katharinenstr. 1, Annoncen-Expedition „Zwoalibendant“ in Berlin, Haafenstein u. Bogler in Berlin und Königsberg, M. Dufes in Wien, sowie von allen anderen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Annahme der Inserate für die nächstfolgende Nummer bis 1 Uhr mittags.

Nro. 19.

Sonnabend den 23. Januar 1892.

X. Jahrg.

Für die Monate Februar und März kostet die „Thorner Presse“ mit dem „Illustrirten Sonntagsblatt“ Mark 1.34. Bestellungen nehmen an sämtliche Kaiserlichen Postämter, die Landbriefträger und wir selbst.

Expedition der „Thorner Presse“
Thorn, Katharinenstraße 1.

Politische Tageschau.

Bisher erschien es zweifelhaft, ob die neuen deutschen Zollermäßigungen ohne weiteres auch jenen Staaten zu Gute kommen werden, welche mit Deutschland in keinem Vertragsverhältnis stehen, wie Rußland und Rumänien, oder noch keine neuen Verträge abgeschlossen haben, wie Spanien. Hierüber hat nunmehr der dem Reichstage vorgelegte Gesetzentwurf über die Zollbehandlung des in Deutschland vorhandenen unverzollten ausländischen Getreides die erforderliche Klarheit geschaffen. Danach gelten die ermäßigten deutschen Zölle nur ausnahmsweise für Getreide ohne Unterschied der Herkunft, einmal wegen des hohen Preisstandes im Interesse der Volksernährung und sodann, weil die Herkunft schwierig oder gar nicht nachzuweisen wäre. Auch hat auf die ermäßigten Zölle nur solches Getreide Anspruch, welches sich am 1. I. M. in deutschen Zolllagern vorfindet. Ähnliche Vergünstigungen für Holz sind nicht in Aussicht genommen worden. Es werden demnach für alle Länder, die mit Deutschland in keinem Vertragsverhältnis stehen, auch nach dem 1. I. M. die älteren höheren Zollsätze in Kraft bleiben. Nachdem sich die Regierung dazu entschlossen hat, zunächst Rußland, Rumänien und Spanien differential ungünstig zu behandeln, ist sie zu diesen Ländern in ein Verhältnis zollrechtlicher Natur getreten. Spanien hat hierzu durch sein Verhalten herausgefordert. Rumänien zögerte mit dem Abschluß neuer Verträge, um die Ergebnisse seines Tarifs von Mitte vorigen Jahres abzuwarten, es wird sich jetzt durch den von Deutschland geübten Druck zu neuen Verhandlungen genötigt sehen, doch bleibt zu befürchten, da Deutschland mit Oesterreich-Ungarn zusammenzugehen sich verpflichtet hat, daß wesentlich dem Nachbarreiche die Vorteile aus einem Verträge mit Rumänien zufallen werden, und zwar auf Grund seiner innigeren Verkehrs- und Handelsbeziehungen. In Dunkel gehüllt liegt die Gestaltung des künftigen Verhältnisses Deutschlands zu Rußland. Da Deutschland in der differential ungünstigen Behandlung russischer Erzeugnisse vorangegangen ist, so sieht sich Rußland in der ihm vielleicht erwünschten Lage, seinerseits besondere Kampfzölle für deutsche Erzeugnisse einführen zu können, sei es auch nur unter dem Vorwande, sich zu verteidigen.

Seit länger als 20 Jahren trägt die Stadt Fulda den Beinamen einer „Metropole der katholischen Bewegung.“ Hier fand am 12. Oktober 1870 die eigentliche Gründung der Centrumspartei statt, und hier halten die Bischöfe seit 1867 ihre Konferenzen ab, von denen diejenige des Jahres 1873 den passiven Widerstand gegen die kirchenpolitische Gesetzgebung Preußens organisierte. Bereits 1869 tauchte der Plan auf, in Fulda eine spezialistisch katholische Universität zu errichten. Vieles Geld ist hierfür schon gesammelt worden,

Der Tannhofserbe.

Erzählung von A. von der Elbe.

(S. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Nach dem Feste wurde die Wirtin von einer seltsamen Unruhe ergriffen. Sie wußte, daß nun die Zeit herannahe, die Stadtleute aufzunehmen und den Verspruch ihres Aeltesten festlich und feierlich auszurichten. Die Sicherheit jedoch, mit der sie stets auf ihren Besitzstand gesehen, war nun erschüttert; bisher hatte der Tannhof alles übertraffen, womit sie vergleichen konnte. Jetzt aber, nach ihres Mannes Schilderung von Wildfährs Wohlstand und der prächtigen Einrichtung im „Brusttuche“, war sie nicht mehr ganz gewiß, vor den präsenten Blicken der nahen Verwandtschaft zu bestehen. Diese bittere Empfindung, dieser Zweifel an dem, was ihr so unumstößlich gedünkt, nagte an ihrem Frieden. Sie hätte ihre Sorge niemandem aussprechen mögen und trug deshalb um so schwerer daran. Tag und Nacht mußte sie darüber nachdenken, wie des Hauses Ehre zu wahren sei, und was sie thun könne, die Städter zu befriedigen, ja zu überreffen. Heute faßte sie diesen, morgen jenen Plan für die Unterhaltung der Gäste, für den Schmuck des Hauses und die Unterhaltung der Gäste. Sie hatte eine Tochter der Waldbauern für Heinrich abgelehnt, jene zu behandeln, wäre ihr leicht geworden; nun ihr Mann die hochfahrenden Wünsche ihres Herzens befreite, durfte sie sich nicht beklagen. Die Neigung dazu lag auch nicht in ihr, aber heftig, grämlich und unwirsch wurde sie, daß die Mägde zitterten, und Herr Gerhard ihr mit Kopfschütteln aus dem Wege ging.

Als der April kam, mußte Heinrich noch einmal nach Goslar, um die Aufforderung der Stadt an den Grafen von Heimburg, ihrem Bündnis gegen die Swichelbes beizutreten, sich dort ausfertigen zu lassen und dann seinen Botengang nach dem Regenstein anzutreten. War das besorgt, sollten an einem schönen Tage die Wildfährs nach dem Tannhofe zum Verspruch herüberkommen.

während die Verhältnisse in den siebziger Jahren und auch noch später an die Ausführung natürlich nicht denken ließen. Nun erfährt der „Hamb. Kor.“ aus Fulda, daß man jetzt in maßgebenden Kreisen den Zeitpunkt für gekommen erachte, der Ausführung des Projekts in irgend einer Form wieder näher zu treten. Erörterungen hierüber sollen bereits stattgefunden haben; auch wird behauptet, daß weitere beträchtliche Geldmittel zur Verfügung gestellt seien. Vorausichtlich wird sich die nächste Bischofskonferenz mit der Sache beschäftigen.

Man berichtet aus dem Elsaß: Auch die eingeleisteten Französlinge erkennen bedingungslos an, daß Straßburg unter deutscher Herrschaft einen völlig ungeahnten, geradezu großartigen Aufschwung genommen hat. Die Gründung der Universität, die Anlegung neuer Stadttheile infolge der Stadterweiterung, der Bau des Centralbahnhofes und zahlreicher Amtsgebäude, die Einrichtung der Wasserleitung, die Zunahme der Bevölkerung um 45 000 Seelen und vieles andere reden eine deutliche Sprache. Nunmehr ist auch die großartige Hafenanlage, durch die man Straßburg auch ohne Kanal nach Ludwigshafen zum Handelsemporium für Südwestdeutschland und die Schweiz zu machen hofft, ziemlich fertiggestellt. Hier soll der Schiffsverkehr von Frankreich und Saarbrücken her auf dem Rhein-Marnekanal, von Südranckreich und dem Oberelsaß her auf dem Rhein-Rhonekanal und von den Rheinlanden her auf dem Rhein konzentriert werden. Daß auch von letzterer Richtung her, insbesondere aus dem Ruhrgebiet und von Mannheim, ein Schiffsverkehr sich entwickeln wird, wenigstens während des günstigen Wasserstandes des Rheins, ist sicher, da schon bisher viele Rheinschiffe bis Rehl gefahren sind. Dem gegenüber macht auch Mühlhausen die größten Anstrengungen, um der erste Inbushauptplatz Süddeutschlands zu bleiben. Das Projekt, die Kraft des Rheins in Elektrizität umzuwandeln und dadurch die Produktionskosten für die Industrie zu ermäßigen, hat greifbare Gestalt angenommen, indem die Industrielle Gesellschaft von Mühlhausen einen Preis von 2000 Mk. ausgelegt hat für die beste, bis zum 15. Mai d. J. einzusendende Abhandlung über die mit Hilfe des Rheingefälles herzustellende Einrichtung einer elektrischen Centralkraftstelle in Mühlhausen.

Man schreibt der „Staatsb.-Ztg.“: Seit Jahren ist es das Bestreben des theils von französischem Gelde, theils von „Baron“ Hirsch unterhaltenen halbamtlichen „Wiener Tageblattes“, die deutsche Bevölkerung Oesterreichs gegen Deutschland aufzuheizen und Deutschland zu schildern, als ob es vor dem Ausbruche schwerer innerer Krisen stehe. Was das genannte Organ der „Alliance Israelite Universelle“ in dieser Hinsicht leistet, hat es neulich aufs neue und drastischer als je zuvor bekundet. Es baute die angeblichen und scheinbaren kleinen Reibungen zwischen der preussischen Militärverwaltung einerseits und gewissen medlenburgischen und bayrischen Verhältnissen andererseits zu weitergeschüttelten Ereignissen auf und will seine Leser glauben machen, als ob Preußen gedroht habe, gegen die medlenburgische Regierung mit Waffengewalt (!) vorzugehen. „Der Konflikt“, heißt es weiter, „zwischen Kaiser und Großherzog ist amtlich konstatiert, der Großherzog mußte nachgeben; denn Medlenburg kann den Kampf mit Preußen (!) nicht aufnehmen, der schwächere giebt nach.“ — Die mili-

Heinrich trat zu Goslar in des Vaters Hause auf der Bergstraße, dem „Tannenbaum“ ein. Von da ging er zum Rathhause und kehrte mit dem Pergament im Wams nach der Bergstraße zurück, als ihm sein Bruder Rainold begegnete.

„Nun komm mit zum „Brusttuche“, sagte dieser und nahm Heinrichs Arm. „Die Wildfährs werden froh sein, Dich zu sehen, ich spreche mit Gesa ost von Dir und dem Tannhofe.“

„Laß mich“, entgegnete Heinrich, „ich bin wegmüde, will ausschlafen und morgen in aller Frühe nach dem Regenstein aufbrechen, Du weißt, es ist ein starker Tagesgang.“

„Und wollest Deine Braut nicht sehen!“ rief der Jüngere in großem Erstaunen.

„Sie weiß nicht, daß ich hier bin, und so ist's gleichviel, ob ich hinkomme.“

„Gleichviel, Dir gleichviel? Du darfst nicht gleichgiltig sein gegen die treffliche Maid! Es ist abscheulich und ich leid's nicht!“

„Nicht leiden — Du?“ sprach Heinrich mit großen Augen. „Weißt Du nicht, daß ich's selber bestimme, was ich thun will. Und nun geh' und mache mich nicht zornig.“

Da Heinrich in den „Tannenbaum“ trat, und Rainold erkannte, daß er nichts ausrichten werde, kehrte er leidenschaftlich erregt seinem Bruder den Rücken und fühlte sich tiefer — für Gesa — beleidigt, als hätte Heinrich ihm selber Nichtachtung bewiesen.

V.

Es tagte kaum und der Thorwart öffnete eben müde und schwerfällig den ersten Hinausziehenden das Stadthor von Goslar, als Heinrich Tannen den Weg nach dem Regenstein unter seine Füße nahm.

Er war noch nicht lange in die Reihe der Weisen-Waldleute gefloren und noch nie zu einer Botschaft für die Stadt auserwählt, so erfüllte ihn jetzt das heißeste Verlangen, dem in ihn gesetzten Vertrauen zu entsprechen und die mächtige Sippe der Grafen von Heimburg für die Stadt zu gewinnen. Er

tätische Exekution gegen Mecklenburg wurde nicht vollzogen, weil eben der schwächere nachgeben muß. — — — Auf Seite des Kaisers steht die Macht — auf Seite des Großherzogs das Recht. — — — In Deutschland gehen sonderbare Dinge vor. Im Norden sind Kaiser und Großherzog in einen Streit geraten, der beinahe das Einschreiten der bewaffneten Macht zur Folge gehabt hätte — — — Derselbe Auffatz, ein wahres Meisterwerk perfider Entstellungen, gewissenloser Uebertreibungen und frecher Erfindungen, führt dann weiter aus, daß auch zwischen Bayern und Preußen ein ernstler Konflikt bestehe, der ebenfalls in einen blutigen Zusammenstoß ausarten könne. Moriz Szeps (früher Moses Schöps), der Herausgeber des „Wiener Tagebl.“, ist bekanntlich der Urheber des großen Wiener Börsenschwindels von Mitte November, er hat dem Kaiser Franz Josef untröstliche Aeußerungen in den Mund gelegt, dadurch an der Börse eine große Baiffe hervorgerufen und letztere in Verbindung mit einigen grundsatzlosen Börsianern ausgiebig zu Gunsten seiner Tasche „fruktifizirt“. Die damals eingeleitete Untersuchung scheint indessen in den Sand verlaufen und der gemeinlichliche Revolverjournalist unbefragt bleiben zu sollen, vielleicht weil dieser Mohr noch nicht ganz seine Schuldigkeit gethan hat und noch für andere Dienste erhalten wird, zumal er an Gemeinheit der Gesinnung ohne gleichen dasht und zu allem fähig erscheint.

Der Skandal in der französischen Kammer hat einen tiefen Hintergrund. Minister und Abgeordnete haben sich seither in Paris nicht gesehen, das Blatt des Herrn Rochefort, den „Intransigeant“, gerichtlich zu belangen. Der Minister des Innern, Herr Constans, hat sich aber nicht gerührt, als Rochefort kürzlich notarielle Urkunden veröffentlichte, aus denen hervorgeht, daß Constans Miteigenthümer eines anrüchigen öffentlichen Lokales in Toulon gewesen ist und überhaupt eine böse Vergangenheit hat. Selbst der „Figaro“, ein Blatt, das zeitweise von der Regierung benutzt wird, muß angeführt der Vorgänge in der Kammer gestehen, es sei schlimm, wenn ein Mann im öffentlichen Leben stehe, der eine so „anedotenreiche“ Vergangenheit habe. Der Abgeordnete Laur mag ein chauvinistischer Querkopf sein, aber er ist unbestritten ein ehrlicher Mann. Wenn der Minister nun, unterstützt von Mitgliedern der Majorität der Kammer, auf diesen einen Mann eindringt und Thätlichkeiten begeht, so läßt sich schwer annehmen, daß die Sache des Herrn Constans eine gerechte ist.

Die russischen Zeitungen leiden an der fixen Idee, daß Deutschland all den Jammer verschuldet hat, welcher über das Zarenreich hereingebrochen ist, und überall suchen sie nach der „deutschen Hand“, die in alle Angelegenheiten eingreift. So schreibt jetzt der Petersburger Berichterstatter der „Moskowsk. Wjed.“ von einem neuen Plane, der vom Finanzminister durchkreuzt worden sei. Es habe die preussische Regierung nämlich die Absicht gehabt, allen Hafer aufzukaufen, der jetzt schon in den Dtscheeläden lagere und den die dortigen Händler noch beschaffen könnten. Graf Caprivi habe gehofft, auf diese Weise die russische Regierung in gewissem Sinne dem Einflusse Deutschlands unterwerfen zu können. Der Plan sei aber an Tarifmaßnahmen des Finanzministeriums gescheitert, denen zufolge es weit vorthellhafter, das Korn aus

überlegte sich die Rede, mit der er vor den Grafen treten und die Gründe, welche er zum Besten der Ordnung und gegen die räuberischen Swichelbes anführen wollte. Ihm schiens sonnenklar, auf welcher Seite sich das Recht befand, so zweifelte er nicht, den Grafen zu gewinnen.

Der Weg quer über das Gebirge war weit und erst am späten Nachmittage langte Heinrich beim Regenstein an. Diese Gegend hatte er nur vor vielen Jahren einmal flüchtig gekreuzt, jetzt fand er — als er zu der schroffen Felsmasse emporblickte, die des Heimburgers festes Schloß trug — Burg und Stein gewaltiger, als er gedacht hatte.

Oben angelangt, erhielt er nach den üblichen Fragen Einlaß, empfing aber, der Graf habe Gäste und könne ihn nicht gleich empfangen, somit wurde er einem Knappen überantwortet, der sich bereit erklärte, ihn an einen Ort zu führen, wo er warten könne.

Aus dem von Bauwerken umgebenen Innenhof trat Heinrich mit seinem Führer durch ein Mauerspörtchen ins Burggärtlein. Es war dies ein enger, schräger Platz, nach außen von der gezackten Brustwehr eingefast, die den Felsenabhang begrenzte; zur Linken erhob sich die Wand eines Seitengebäudes und rechts lag der mächtige runde Wachtthurm, durch welchen man in das angebaut Haupthaus gelangen konnte. Im Gärtlein wuchs auf der dünnen Erdschicht, die den Fels bedeckte, nur etwas mageres Gesträuch, das erst wenige Blätterknospen zeigte, Schneespuren lagen noch in den Winkeln, während auf wärmeren Stellen frisches, junges Gras hervor sproßte.

Angezogen durch den freien weiten Ausblick von der Höhe, trat Heinrich an die Brustwehr und suchte sich in der ihm nur halb bekannten Gegend zurecht zu finden. Er fragte den Knappen nach tiefer oder jener Burg, die im Gesichtsfelde auftauchte, und nach den Namen der Höhen und Wälder, die sich rings umher erhoben. Als er seinen Heimatsberg, den Brocken, erkannte, wurde ihm die ganze Lage klarer.

(Fortsetzung folgt.)

den baltischen Provinzen ins Innere zu senden, als dorthin auszuführen. Auf diese Weise sei denn der Kornvorrath in den baltischen Hafenstädten nicht so groß, als daß Graf Capriotti durch seinen Ankauf auf die russische Regierung irgend einen Druck ausüben könnte. Die baltischen Exporteure wissen jetzt nicht, wohin mit ihren Vorräthen, die sie schon in ihren Händen haben. — Solche Absichten der preussischen Regierung unterzuschieben, grenzt schon an Verächtlichkeit. Wenn man die „deutsche Hand“ spürt, so geschieht dies bei gewissen finanziellen Versuchen Rußlands im Auslande und auch da nur insofern, als die deutsche Hand fest in der Tasche bleibt und sich nicht öffnet, um für russische werthlose Papiere gutes Geld zu geben. So wird es aber auch fernerhin gehalten werden.

Zur Lage in Marokko erhält die „N. Pr. Ztg.“ folgende auf den neusten telegraphischen Meldungen beruhende Mittheilung: Sowohl die spanische, wie auch die deutsche Regierung haben aus den Berichten ihrer amtlichen Vertreter in Marokko die Ueberzeugung gewonnen, daß die augenblickliche innere Lage des Sultanats eine nicht mehr gefährdete ist, als im Laufe der vergangenen Jahre, welche zu einer Einschränkung der europäischen Mächte ebenfalls keine Veranlassung bot. Daß die Erbitterung der nordwestlichen Kabylenstämme gegen den Gouverneur von Tanger von französischer Seite geschürt wurde, um die Lage des Landes als eine möglichst unsichere hinzustellen, ist so gut wie erwiesen, und grade deshalb hat der Sultan auf Anrathen des spanischen Gesandten den Gouverneur abberufen, um hiernach den Unruhen den Boden zu entziehen. In den spanischen Regierungskreisen herrscht darüber kein Zweifel, daß Frankreich in allernächster Zeit die Tuat-Dasen besetzen wird, ohne daß der Sultan von Marokko hiergegen mit Waffengewalt Einsprache erheben dürfte.

In der Streitfrage zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Chile herrscht noch immer keine Klarheit. Einerseits verlannt aus Washington, Chile soll bereit sein, sich einem schiedsrichterlichen Spruch zu unterwerfen, und es wird gemeldet, England sei ersucht worden, in dem Streit zwischen Chile und den Vereinigten Staaten als Vermittler aufzutreten. Andererseits heißt es ebenfalls aus Washington, daß ein aus 7 der besten Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten-Flotte zusammengesetztes Geschwader nach dem Stillen Ozean beordert worden sei.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung am 21. Januar 1892.

Am Ministertisch: Ministerpräsident Graf Capriotti und sämtliche Minister.

Das Haus ehrt das Andenken des gestern in seiner Heimat verstorbenen Abg. Robert Tornow (kons.) durch Erheben von den Sitzen.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation des Abg. v. Gynorn (natlib.), ob die Regierung beabsichtige, noch im Laufe dieser Session eine Vorlage zu machen, durch welche die in dem Einkommensteuergesetz bestimmte Geheimhaltung der Steuererklärung durch Aufhebung der zur Zeit entgegenstehenden älteren Bestimmungen gesichert wird.

Der Minister des Innern Herrfurth erklärt sich im Auftrage der Regierung bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. v. Gynorn (natlib.) begründet hierauf seine Interpellation. Schon bei Beratung des Einkommensteuergesetzes sei auf die Nothwendigkeit strenger Geheimhaltung der durch die Selbstanschätzung erzielten Aufschlüsse über die Vermögenslage einzelner hingewiesen worden. In zahlreichen Petitionen von Handelskammern und anderen Körperschaften werde nun über den Mangel an Diskretion bezüglich der Einschätzungsergebnisse geklagt.

Minister Herrfurth: Die beteiligten Minister haben die Angelegenheit bereits ins Auge gefaßt und von den Bezirksregierungen Bericht eingefordert. Diese Berichte sind bisher nur zum Theil eingegangen und es läßt sich noch nicht erkennen, welche Uebelstände vorhanden sind und ob nicht zur Abstellung solcher Uebelstände ein besonderes Gesetz nothwendig sein würde.

Eine Besprechung der Interpellation findet nicht statt. Es folgt die 1. Lesung des Etats.

Abg. Richter (fr.) findet das Bild, welches der vorliegende Etat bietet, nicht sehr erfreulich. Es liege die Schuld daran, daß unsere Finanzen sich immer mehr auf die Einnahmen aus den Staatsbahnen aufbauen; vor den nachtheiligen Folgen dieser Finanzgestaltung habe er und seine Freunde genug gewarnt. Der Herr Kultusminister habe von den 24 Millionen für den neuen Schulgesetz beantragt. Das seien die Folgen einer unweidmässigen Steuererhebung. Der Etat der Domänen, der mit einem geringen Minderbetrage abschließe, sei eigentlich noch günstig. Redner habe einen viel ungünstigeren Abschluß erwartet. Es sei der ungünstigste Tag des Ministeriums Capriotti gewesen, als es mit dem neuen Schulgesetz in die Öffentlichkeit getreten sei. Diese Frage sei sehr ernst; es handle sich um den Kampf um die Staatschule und das neue Gesetz werde zum Verderben des Vaterlandes führen. Mit dem Gesetze liefern Sie die Schule an die Kirche aus und wenn die Vorlage Gesetzeskraft erhält, dann entseffeln Sie einen Kampf, über dessen Ende wir nicht zweifeln können.

Abg. Frhr. v. Huene (Centr.) erklärt sein Einverständnis mit der Schulvorlage. Gewiß haben wir in Preußen die Staatschule, aber auch diese kann und muß der Kirche unterstellt werden; das ändere an der Staatschule gar nichts.

Ministerpräsident v. Capriotti bezeichnet die Möglichkeit der Verpachtung der Staatsbahnen als undurchführbar. Es stehen einer solchen Probe staatliche Bedenken militärischer und allgemein politischer Natur entgegen. Was die Stellungnahme des Abg. Richter gegenüber dem Volksschulengesetz anbelangt, so föhne die Regierung nicht dauernd ihre Gesetzgebung mit bestimmten politischen Parteien machen. Das widerspreche dem Wesen des monarchischen Staats.

Minister Dr. Miquel: Den Staatsfinanzen nachtheilig oder gar gefährlich habe sich das Staatsbahnenwesen bisher nicht erwiesen. Noch immer fließe den Staatsfinanzen aus den Eisenbahnen die Summe von 116 Millionen zu. An Tarifermäßigungen ist gerade unter dem Staatsbahnsystem viel gethan worden; der Ausbau unrentabler Sekundärbahnen wäre nicht möglich gewesen ohne die einträglichen Hauptlinien des Staatsbahnsystems. Zu Ersparnissen im Etat sei er gern bereit, fürchte aber, daß wie früher, so auch in diesem Jahre, Vorschläge in dieser Richtung aus dem Hause nicht gemacht werden dürften.

Kultusminister Graf Redlich verteidigt das Volksschulgesetz gegenüber den Angriffen Richters. Dasselbe mache keine Konzession an irgend eine Konfession, sondern sichere das Aufsichtsrecht des Staats; es mache die einzige Konfession an die Verfassung und für die Schule einen Zustand, der in Preußen thatsächlich seit 110 Jahren geltendes Recht ist.

Abg. Hobrecht (natlib.) wünscht, daß man die Staatsfinanzen unabhängig macht von den schwankenden Einnahmen der Eisenbahnen. Redner wendet sich sodann gegen den Volksschulgesetzentwurf. Der Kampf, den dieses Gesetz erzeugen müßte, wird bestiger werden, als jemals der Kulturkampf gewesen ist und diesen Kampf legt man in die Brust des Lehrers; er wird dadurch verführt zum Heuchler zu werden (Beifall und Widerspruch), denn niemand kann zwei Herren dienen. Ebenso verfehlt sei die veränderte Richtung in unserer Politik gegenüber den Polen. Der Staat hat hier die Aufgabe, mit allen Mitteln deutscher Kultur diese Landesheile zu gewinnen; jedes Abweichen von dieser Linie hat sich als schädlich und gefährlich erwiesen. Seine Partei werde an diesem Grundfeste festhalten, selbst auf die Gefahr hin, in die Opposition gedrängt zu werden. Seine Partei verteidige dabei die Interessen des Staats und hoffe Unterstützung auch in konservativen Kreisen zu finden. (Beifall.)

Eisenbahnminister Thiele n legt die Betriebsverhältnisse der Staatsbahnen dar. Dieser Betrieb sei, wie jeder andere, Schwankungen unter-

worfen und nur die sichere Organisation dieses Riesenunternehmens habe größere Schwankungen verhindert.

Kultusminister Graf v. Redlich tritt dem Abg. Hobrecht in dessen prinzipieller Auffassung des Schulgesetzes entgegen. Auch das Entgegenkommen gegen die Polen sei nicht bedeutlich. Die vielangefochtene Sprachverordnung sei hervorgegangen aus der Erwägung, die deutschen jungen Leute fähig zu machen, auch in polnischen Geschäften Stellung zu erhalten. Diese Maßregel habe sich als praktisch erwiesen. (Beifall.)

Das Haus vertagt sich.
Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Tagesordnung: Weiterberathung des Etats.
Schluß 3/4 Uhr.

Deutscher Reichstag.

153. Sitzung vom 21. Januar 1892.

Das Haus ist spärlich besetzt.
Auf der Tagesordnung steht zunächst 1. Berathung des Abkommens zwischen dem Reich und Oesterreich-Ungarn über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenrecht.

Abg. Schmidt-Eberfeld (deutschfrei.): Das Abkommen finde in der deutschen Geschäftswelt eine sympathische Aufnahme. Hoffentlich würden entsprechende Verträge auch mit anderen Staaten abgeschlossen. Direktor im Reichsamt des Innern Nieberding dankt dem Vordredner für seine günstige Beurtheilung der Vorlage. Die Regierung glaube durch Separatverträge auf der Grundlage des vorliegenden die deutschen Interessen am besten zu berücksichtigen.

Abg. Dr. Hammacher (natlib.) weist auf die Verschiedenheiten des deutschen und oesterreichischen Patentschutzgesetzes hin und fragt, ob es nicht gelungen sei, eine Ausgleichung der deutschen mit der oesterreichischen Gesetzgebung zu erlangen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (deutschsoz.) wünscht, daß auch über das Urheberrecht an Werken der Kunst und Wissenschaft eine Vereinbarung mit Oesterreich zu Stande komme und einheitliche Bestimmungen für beide Reiche geschaffen werden.

Abg. Menzer (kons.): Im allgemeinen beruhe die Patent- u. Schutzgesetzgebung in Deutschland und Oesterreich auf denselben Grundlagen, doch sei Deutschland um einige Pfordelungen voraus. Daraus, daß Oesterreich keinen Gebrauchsmusterschutz habe und daß die Begrenzung der Patente in Oesterreich eine kürzere sei, als bei uns, entstünden für uns Nachteile. Aber die Bedenken gegen Einzelheiten des Vertrags seien nicht so erheblich, um seine Freunde zu verhindern, für den Vertrag zu stimmen.

Direktor Nieberding: Ueber den Schutz des Urheberrechtes an Werken der Kunst und Wissenschaft liege eine Interpellation vor, bei deren Berathung die Sache zu erörtern sein werde.

Abg. Sorwitz (deutschfrei.) erkennt die gegen die Vorlage sprechenden Bedenken an, man befände sich aber derselben gegenüber in einer gewissen Zwangslage, welcher er Rechnung tragen und deshalb von einer kommissarischen Vorberathung absehen wolle.

Abg. Samhammer (deutschfrei.) empfiehlt mit Rücksicht auf das Gewicht der erhobenen Bedenken Verweisung der Vorlage an eine Kommission.

Abg. Dr. Hammacher (natlib.): Mit einem Vertrage wie diesem treibe man den deutschen Erfinder geradezu in das Ausland.

Auf Antrag des Abg. Dr. Hammacher wird der Vertrag an eine 14er-Kommission verwiesen.

Es folgen Wahlprüfungen.
Die Wahlen der Abg. Merbach (freikons.) und Abt (natlib.) werden für gültig erklärt, die Wahl des Abg. Scipio (natlib.) wird beanstandet.

Bezüglich der Wahl des Abg. Grafen v. Saldern-Abblimb (kons.) beantragt die Kommission Gültigkeitserklärung. Die Proteste gegen die Wahl des Grafen Saldern stützen sich auf die Farbe der Stimmzettel, welche die Kommission für weiß anerkannt hat.

Abg. Gröber (Centrum) greift die Mehrheit der Wahlprüfungs-kommission wegen ihres Beschlusses scharf an und zieht sich deshalb eine Rüge des Präsidenten zu.

Abg. v. Steinau (kons.): Die Rüge des Präsidenten enthebt mich der Aufgabe, dem Vordredner gegenüber noch größer zu werden.

Präsident v. Levetzow: Hier ist niemand grob geworden. (Seitert.)
Abg. v. Steinau (kons.) führt aus, daß es ein weißes Papier überhaupt nicht gebe; das weiße Papier werde immer gewisse Nuancen haben.

Abg. Singer (Soz.): Die Stimmzettel für den Grafen Saldern unterschieden sich nicht nur durch die Farbe, sondern auch durch ein äußeres Kennzeichen, indem sie nach dem Druck auf einander gelegen und so auf der Rückseite den Namen zeigten.

Abg. Dohrn (frei.) und Auer (Soz.) bestreiten, daß die Stimmzettel für den Grafen Saldern weiß seien; sie seien blau.

Abg. Graf Kanitz (kons.) stellt fest, daß die Farbe der Stimmzettel niemand verhindern habe, nach seinem Belieben zu wählen.

Abg. v. Steinau (kons.) weist Stimmzettel von derselben Färbung wie die mit dem Namen des Grafen Saldern vor, welche Namen liberaler Kandidaten tragen.

Abg. Schneider-Hamm (natlib.), Dr. Buhl (natlib.), Dr. Vogens (Centrum) und Liebermann von Sonnenberg sprechen für die Gültigkeit der Wahl. Wollte man dieselbe mit Rücksicht auf die Nuance der Papierfarbe fassen, so müßte man die meisten Mandate für ungültig erklären.

Nachdem noch Abg. Bödel (Antisemit) für Raffung der Wahl gesprochen, wird die Wahl mit 112 gegen 95 Stimmen für gültig erklärt.
Die Wahlen der Abg. Herzog von Lauenburg, Fürst Bismarck und Dau (frei.) werden für gültig erklärt, doch sollen über in den Wahlprotesten behauptete Unregelmäßigkeiten Erhebungen stattfinden.

Morgen 1 Uhr: Schweizer Handelsvertrag.

Deutsches Reich.

Berlin, 21. Januar 1892.

— Die für heute Nachmittag beabsichtigte Rückreise von Kiel nach Berlin hat Seine Majestät der Kaiser auf morgen (Freitag) verschoben.

— Die „Kieler Ztg.“ berichtet: Bei der gestrigen Anwesenheit des Kaisers sind die Kapitäne zur See Udekolp und Diederichs zu Contre-Admiralen befördert. Contre-Admiral Rarher ist zum Chef des Uebungsgeschwaders, Kapitän zur See Tirpitz zum Chef des Stabes des Obercommandos der Marine ernannt worden.

— Se. Majestät der König von Sachsen wird zur Feier des kaiserlichen Geburtstags am 26. d. Mis. aus Dresden in Berlin eintreffen und im königlichen Schlosse absteigen.

— Das württembergische Königspaar wird am Sonnabend Abend auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin eintreffen, wo großer militärischer Empfang stattfinden soll. Das Kaiserpaar wird seine erlauchten Gäste nach dem Schlosse geleiten, wo Familientafel stattfindet. Da sich die württembergischen Majestäten noch in Trauer befinden, ist von glänzenden Festlichkeiten Abstand genommen worden. — Der württembergische Ministerpräsident, Frh. von Mittnacht, trifft bereits Sonnabend Mittag in Berlin ein, um während der Anwesenheit seines Monarchen in Berlin zu verweilen.

— Der Landtagsabgeordnete für Labiau, Landrath Karl Robert Tornow, ist im Alter von 41 Jahren gestern plötzlich am Herzschlag verstorben, derselbe gehörte der konservativen Partei an.

— Das neue Volksschulgesetz betreffend, theilt die „Freisinnige Zeitung“ eine Zuschrift aus Schlessen mit, „daß der Kultusminister, ehe er den Entwurf des Volksschulgesetzes eingebracht, sich der Zustimmung der Centrumsführer in den entscheidenden Punkten versichert habe.“ Auf Grund persönlicher Rücksprache mit hervorragenden Mitgliedern und Führern des Centrums kann die „Germania“ diese Nachricht aufs bestimmteste dementiren.

— Das Offizierkorps des preussischen Heeres hat sich nach einer Zusammenstellung der „Post“ im Jahre 1891 recht er-

heblich vermehrt. Aus dem aktiven Heere sind ausgeschieden 554, verstorben 60 Offiziere, dagegen neu ernannt 1077 Sekondelieutenants, so daß ein Zuwachs von 437 Offiziere stattgefunden hat. Unter Hinzurechnung der Offiziere des Beurlaubtenstandes, sowie aller Sanitäts-offiziere, steht einem Abgange von 1725 Köpfen ein Zugang von 2466 gegenüber, so daß die Gesamtzahl der Offiziere und Sanitäts-offiziere der Armee sich um 741 vermehrt hat.

— Die Zahl derjenigen Personen, welche als frühere französische Militärpersonen oder als Hinterbliebene von solchen eine Pension aus der Reichskasse beziehen, beträgt zur Zeit noch 1111, der Gesamtbeitrag der Pensionen 265 936 Mark. Unter den Empfängern befinden sich 32 im Durchschnittsalter von 73 Jahren, welche als Ritter der Ehrenlegion, und 295 im Durchschnittsalter von 60 Jahren, welche als Inhaber einer Militärmedaille einen Ehrensold aus der Reichskasse beziehen.

— Wie mehrere Blätter erfahren, ist neuerdings durch königliche Rabinetsordre die Verfügung getroffen worden, daß Bewerbungsgesuche von aktiven Offizieren für den Dienst in der kaiserlichen Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika nur dann Berücksichtigung seitens der Kolonialabtheilung des auswärtigen Amtes finden sollen, wenn der Bewerber bereits drei Jahre aktiv als Offizier bei der Truppe gedient hat. Die Mehrzahl der bisher vorliegenden Gesuche ist von jüngeren Offizieren ausgegangen, bei denen die vorstehende Bedingung nicht zutrifft, sodaß diese von der Liste der Aspiranten haben gestrichen werden müssen. Damit hat sich die Zahl derjenigen Bewerber, welche für solche Fälle in Betracht kommen könnten, von mehr als 200 auf 15 vermindert.

— Bei der Landtagswahlwahl im 9. hannoverschen Wahlkreise, Versenbrück-Wittlage, ist Gutsbesitzer Mues-Gespe (ntl.) mit 109 von 206 Stimmen gewählt. Erfolgreicher Mitbewerber um das Mandat war das Centrum.

— Ueber die neuen Anleihen für das Reich und Preußen finden nach dem „Berl. Tagebl.“ gegenwärtig Verhandlungen statt. Es handelt sich um Begebung von zusammen etwa 400 Millionen Mark.

— Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung den Entwurf eines Checkgesetzes den Ausschüssen für Handel und Gewerbe und für Justizwesen überwiesen.

— Zu den seit einiger Zeit durch die Presse laufenden Einverleibungsgerüchten weiß der „Hollst. Cour.“ folgendes zu melden: „Ein für Hamburg sehr wichtiger Plan, die Einverleibung der Insel Wilhelmsburg in Hamburg, bildet gutem Vernehmen nach seit kurzem den Gegenstand diplomatischer Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg. Dieses weite, durch einen Elbarm gebildete Gelände zwischen Hamburg und Harburg gehört zum größten Theile zu Hannover. Für die Entwicklung Hamburgs nach Süden und die Ausdehnung des Freihafeengebietes auf das linke Elbufer ist dieses Land fast unentbehrlich.“

— Auf Verfügung des Ministers des Innern müssen alle diejenigen Personen, welche im nächsten Frühjahr als sogenannte Sachfänger nach den westlichen Gegenden Deutschlands gehen wollen, sich bis zum 15. Februar bei den Polizeibehörden resp. Guts- und Gemeindevorständen angemeldet haben. Am 15. Februar müssen die Behörden dann weiter berichten. Wahrscheinlich steht diese Maßregel mit der vom Reichskanzler im Reichstage angekündigten Gesetzesvorlage zur Regelung des Untersützungswohnsitzes in Verbindung.

— Staatlicher Nachweisung zufolge hat sich das Staatseisenbahnnetz seit dem Jahre 1870 in der Weise erweitert, daß, während am Anfang des genannten Jahres 3195,17 km Bahnlänge im Betriebe der Staatsverwaltung waren, Ende 1890/91 die Staatsbahnlänge sich auf 34 708,15 km belief. Von den letzteren waren 6309,49 km oder 25,54 pCt. Bahnen untergeordneter Bedeutung. Von den im Laufe der Jahre seit 1870 in die Staatsverwaltung übergangenen Strecken waren 7301 km neu eröffnet, während 14 212 km verstaatlichte Privatbahnen waren.

Breslau, 21. Januar. Der Stadtverordneten-Ausschuß genehmigte einstimmig den Großschiffahrtsweg um die Stadt nach dem Regierungsvorschlage.

Ausland.

Bern, 21. Januar. Auch der Nationalrath hat nunmehr das Gesetz, betreffend die Auslieferung politischer Verbrecher, nach unwesentlichen Änderungen mit 78 gegen 30 Stimmen angenommen.

Paris, 21. Januar. Der russische Finanzminister Wischnegradski hat in Paris eine neue Anleihe versucht und überall Ablehnung oder so maßlos ungünstige Offerten erhalten, daß er es nicht wagen kann, abzuschließen. Man ging bis höchstens 70 Prozent.

London, 21. Januar. Die feierliche Ueberführung der Leiche des Herzogs von Clarence von Sandringham nach Windsor fand am Mittwoch Vormittag statt. An der Prozession nach der Georgs-Kapelle nahmen theil der Prinz von Wales, die andern Prinzen, die Vertreter der europäischen Fürstenhäuser, darunter Prinz Friedrich Leopold von Preußen und die Deputation des preussischen Husarenregiments Fürst Blücher von Wahlstatt. Den Gottesdienst, welchem außer den Prinzen auch die Prinzessinnen beiwohnten, verrichtete der Bischof von Rochester. Die Beisetzung des Verstorbenen in der Gruft unter der Albert-Gedächtnis-Kapelle erfolgte am Abend; an derselben nahmen nur die Familienangehörigen theil.

Warschau, 21. Januar. Bernhard Lauber, der Auswanderungs-Agent des Barons Girsch, bereift das ganze Königreich Polen, um Juden zur Auswanderung nach Argentinien anzuwerben. Ueber 2000 Familien haben sich bis jetzt gemeldet.

Petersburg, 21. Januar. Auf die Meldung von der Aufspeicherung großer Getreidemengen in den östlichen Gouvernements durch Spekulanten hat der Zar das Moskauer Stadthaupt, Alexejew, entsendet, um für die Nothleidenden Getreide bis zu fünfzehn Millionen Rubeln anzukaufen. Alexejew ist ermächtigt, falls die Spekulanten das aufgespeicherte Getreide zu annehmbaren Preisen nicht ablassen, dasselbe zu sequestriren.

Petersburg, 21. Januar. In Petersburg weit gegenwärtig eine Abordnung französischer Offiziere unter Führung des Artillerieobersten Bange, um dort militärische Studien zu machen. Es wiederholen sich bei dieser Gelegenheit im Kleinen die Berbrüderungen, welche sich anlässlich der Kronstädter Festtage abspielten.

Provinzialnachrichten.

Grandenz, 21. Januar. (In der heutigen Schwurgerichtssitzung) wurde der Mörder Janak Mierzwitz aus Roggarden wegen vorläufiger Brandstiftung und versuchten Mordes zu 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurtheilt.

Thorn, 22. Januar 1892. (Neue Standartenstange für das Ulanenregiment von Schmidt). Die Standartenstange des Ulanenregiments v. Schmidt war schadhaft und zur Reparatur nach Berlin gesandt worden.

11 Gewinne von 1000 Mk. auf Nr. 42 600 50 061 70 543 76 815 81 058 84 761 131 086 140 330 149 981 151 845 153 700.

Mannigfaltiges.

(Die Folgen des Buchdruckeranstandes) machen sich für die Teilnehmer jetzt bitter bemerkbar. In Berlin sind 1600 bis 1700 Gehilfen ohne Arbeit, dagegen höchstens 200 Stellen offen.

(Eine Duellforderung auf Pistolen) macht in Ottenen von sich reden. Der Fordernde ist ein Arzt Dr. F., der von einem Kollegen Dr. R. schwer beleidigt worden ist.

(Die württembergische zweireihige Uniform) ist auf den Ausfertiger gestiftet. Der König verfügte, daß die fortan neu anzuschaffenden Waffenröcke nach preussischem Muster angefertigt werden sollen.

(Aus Rindermunde.) Die junge Frau Doktor — so erzählt man — giebt heute Kaffeegesellschaft. In der guten Stube ist der Tisch schön gedeckt und reich besetzt.

Verantwortlich für die Redaktion: Oswald Knoll in Thorn.

Telegraphischer Berliner Börsenbericht.

Table with 3 columns: Item, 22. Jan., 21. Jan. Includes entries like Rendenz der Fonds Börse, Russische Banknoten, Wechsel auf Warschau, etc.

Rönigsberg, 21. Januar. Spiritusbericht. Pro 10 000 Liter pSt. ohne Faß still. Zufuhr 15 000 Liter. Loko kontingentirt 66,00 Mk. Gd., nicht kontingentirt 46,50 Mk. Gd.

Meteorologische Beobachtungen in Thorn.

Table with 7 columns: Datum, St., Barometer, Therm., Windrichtung und Stärke, Bewölk., Bemerkung. Shows data for 21. and 22. January.

Sonnabend am 23. Januar. Sonnenaufgang: 7 Uhr 58 Minuten. Sonnenuntergang: 4 Uhr 26 Minuten.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag (3. n. Epiph) den 24. Januar 1892. Altstädtische evangelische Kirche: Vorm. 9 1/2 Uhr: Herr Pfarrer Jacobi.

Anti-Flaverei-Lotterie.

(Ohne Gewähr.) Ziehung vom 20. Januar 1892. 1 Gewinn von 40 000 Mk. auf Nr. 327 471. 4 Gewinne von 10 000 Mk. auf Nr. 182 131.

Feste Preise.

Inventur-Ausverkauf

Baar-System.

zu bedeutend herabgesetzten Preisen bei Adolph Bluhm.

In vergangener Nacht 1 Uhr entschlief sanft nach langen Leiden meine liebe Tochter

Louise,

was ich hiermit tiefbetäubt anzeige und danke gleichzeitig herzlich allen, welche sich der Entschlafenen während ihres jahrelangen Leidens so liebevoll angenommen haben. Thorn den 22. Januar 1892.

Wwe. C. Daber.

Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 2 Uhr vom Glenden-Hospital aus statt.

Bekanntmachung.

Die **Hergabe von Räumlichkeiten** für das diesjährige Erbs- und Obererbs-Geschäft soll dem Mindestfordernden übertragen werden.

Erforderlich sind zwei helle geräumige Zimmer und ein großer bedeckter Raum.

Hierzu habe ich einen Termin auf

Dienstag den 26. Januar 1892 vormittags 10 Uhr

in meinem Bureau anberaumt, zu welchem Inhaber geeigneter Lokale hiermit eingeladen werden.

Thorn den 16. Januar 1892.

Der Landrath.

Bekanntmachung.

Das an der Straße nach dem Bruchtrage belegene **Wallmeister-Wohngebäude** mit zugehörigen Nebengebäuden soll im öffentlichen Termin

Freitag den 29. Januar 1892 vormittags 11 Uhr

im Fortifikationsbureau, Zimmer 5,

derart vermiethet werden, daß die Kündigung des Miethsverhältnisses jeden Monat und die Räumung 8 Tage nach dem Kündigungstage erfolgt.

Die näheren Bedingungen sind im genannten Lokal, Zimmer 8, einzusehen.

Schriftliche Angebote, die Höhe des Miethspreises pro Monat enthaltend, sind persönlich von den resp. Miethern im genannten Termin einzureichen.

Bekanntmachung.

Das Zwangsversteigerungsverfahren, betreffend die auf den Namen der Besitzer **Robert und Albertine geb. Schilling-Fehlauer'schen** Eheleute im Grundbuche von Groch, Blatt 12, und Grabowitz, Blatt 27, eingetragenen Grundstücke, ist aufgehoben und kommen daher die auf den 5. und 6. Februar 1892 anberaumten Termine hiermit in Wegfall.

Thorn den 15. Januar 1892.

Bekanntmachung.

Das Zwangsversteigerungsverfahren, betreffend die auf den Namen der Besitzer **Schilling-Fehlauer'schen** Eheleute im Grundbuche von Groch, Blatt 12, und Grabowitz, Blatt 27, eingetragenen Grundstücke, ist aufgehoben und kommen daher die auf den 5. und 6. Februar 1892 anberaumten Termine hiermit in Wegfall.

Thorn den 15. Januar 1892.

Bekanntmachung.

Das Zwangsversteigerungsverfahren, betreffend die auf den Namen der Besitzer **Schilling-Fehlauer'schen** Eheleute im Grundbuche von Groch, Blatt 12, und Grabowitz, Blatt 27, eingetragenen Grundstücke, ist aufgehoben und kommen daher die auf den 5. und 6. Februar 1892 anberaumten Termine hiermit in Wegfall.

Thorn den 15. Januar 1892.

Bekanntmachung.

Das Zwangsversteigerungsverfahren, betreffend die auf den Namen der Besitzer **Schilling-Fehlauer'schen** Eheleute im Grundbuche von Groch, Blatt 12, und Grabowitz, Blatt 27, eingetragenen Grundstücke, ist aufgehoben und kommen daher die auf den 5. und 6. Februar 1892 anberaumten Termine hiermit in Wegfall.

Thorn den 15. Januar 1892.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Thorn, Altstadt, Blatt 228, auf den Namen der Bäckermeister **Louis und Martha geb. Fiebig-Gutzelt'schen** Eheleute eingetragene, zu Thorn belegene Grundstück

am **28. März 1892**

vormittags 10 Uhr

vor dem unterzeichneten Gericht, an Gerichtsstelle, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 1800 Mark Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei, Abtheilung V, eingesehen werden.

Thorn den 6. Januar 1892.

Königliches Amtsgericht.

Mit Gültigkeit vom 15. Januar 1892 bis Ende Juni 1892 ist für Mais in Wagenladungen von 10 000 kg zwischen Stationen der rumänischen Eisenbahnen und sämtlichen für den Wagenladungsverkehr eingerichteten Stationen unseres Bezirks ein Ausnahmetarif mit direkten Frachttarifen zur Einführung gekommen.

Die Sätze dieses Tarifs, welcher durch Vermittelung der sämmtlichen Fahrarten-Ausgabestellen unseres Bezirks zum Preise von 0,20 Mark für das Stück bezogen werden kann, stellen sich niedriger als die Umartung in den schlesisch-österreichischen Grenzstationen auf Grund des von den schlesischen Uebergangsstationen nach diesseitigen Stationen z. B. bestehenden ermäßigten Ausnahmetarifs für Mais ungarischen, rumänischen und galizischen Ursprungs.

Gleichzeitig wird bekannt gemacht, daß die Gültigkeitsdauer des vorerwähnten Grenztarifs vom 1. Januar 1892 ebenfalls bis zum 30. Juni 1892 verlängert worden ist.

Bromberg den 19. Januar 1892.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Am 19. d. Mts. ist eine **Gans** in der Nähe des Bahnhofes Thorn aufgegriffen worden; der rechtmäßige Eigentümer kann dieselbe gegen Erhaltung der entstandenen Unkosten hier abholen.

Piaske den 20. Januar 1892.

Der Gemeindevorsteher.

Finger.

Vorbereitungsanstalt

für die **Postgehilfen-Prüfung**, Kiel, Ringstraße 55.

Sicherste und gründlichste Ausbildung. Falls das Ziel nicht erreicht, zahle ich das Pensions- und Unterrichtsgeld zurück. Bisher bestanden 1000 meiner Schüler die Prüfung. Eintritt am 15. Februar für ältere und am 20. April. Das genaue Alter ist anzugeben.

Näheres durch **J. H. F. Tiedemann.**

Geschäfts-Eröffnung.

Dem geehrten Publikum Thorns und der Umgegend zeige ich hierdurch ergebenst an, daß ich mit dem heutigen Tage in dem von meinem Bruder, dem Fleischermeister **W. Romann**, käuflich erworbenen Grundstück hierseits

Schillerstraße Nr. 415

ein

Fleisch- und Wurstwaaren-Geschäft

eröffnet habe, und daß es mein stetes Bestreben sein wird, für gute Waare und reelle Bedienung der hiermit erbetenen Kundschaft zu sorgen.

Otto Romann,

Fleischermeister.

Anders & Co.

Drogen, Farben und Parfümerien

Thorn, Brückenstr. 18.

Th. Kleemann, Klaviermacher und -Stimmer, Schuhmacher und Mauerstr. Ecke 14, 1 Tr. ppe empf. f. z. Klavierstimmen und Reparaturen. Für gute Arbeit wird garantiert.

Als geübte Schneiderin u. Wäschnäherin empfiehlt sich den geehrten Damen von Thorn und Umgegend

Ida Kueckbusch, Zunkerstr. 7, 1 Tr. r.

Ein sehr großer eleganter Hund

preisw. zu verk. Näh. i. d. Exped. d. Ztg.

Große Lotterie zu Danzig. Hauptgewinne 10 000, 5000, 3000 Mark.

Ziehung am 11. Februar. Lose à 1,10 Mark.

Große Rothe Kreuzlotterie. Hauptgewinne 15 000, 5000, 3000 Mark.

Ziehung am 15. März. Lose à 1,10 Mark empfiehlt das Lotterie-Comptoir von **Ernst Wittenberg,** Seglerstr. 30.

Porto und Liste 30 Pf.

Im grossen Saale des Artushofes.

Montag den 1. Februar 1892 abends 8 Uhr:

Concert Rudolph Oberhauser,

Kgl. preuss. Hofopernsänger, erster Bariton der Kgl. Hofoper in Berlin, und **Anna v. Pilgrim, Violinistin, — Olga Schönwald, Pianistin.**

Karten zu numm. Plätzen à 2,00 Mk. und Schülerkarten à 1,00 Mk. in der Buchhandlung von

Walter Lambeck.

Frifire Damen in und außer dem Hause.

Frau Emilie Schnoegass, Brückenstr. 40.

Landwehr-Verein.

Sonnabend den 23. d. Mts.

abends 8 Uhr

in den Festräumen des Artushofes für die Mitglieder und eingeladene Gäste:

Stiftungsfeier

und Vorfeier des Geburtstages

Er. Maj. des Kaisers.

Die Kameraden wollen das Vereinsabzeichen anlegen (§ 16 der Satzungen).

Der Vorstand.

Volks-Garten.

Sonnabend den 23. Januar cr.

abends 8 Uhr

Zweite große

Masken-Redoute

Mit Nahrung, Musik und Zettel.

Das Comité.

Heute Sonnabend Abend von 6 Uhr ab:

Wurstessen.

Es ladet ergebenst ein **Laechel.**

Heute Sonnabend den 23. d. Mts. frische

Wurst. J. Skowronski, Brombergerstr. 50.

Wohnungen, in der 1. Etage von 4 Zim.

nebst allem Zubehör, von sofort oder 1. April, und in der 2. Etage von 6 Zim.

nebst Zubehör, vom 1. April, a. B. mit Pferdebestall, zu verm. Neust. Markt 11. Gest. Adressen in der Exped. d. Ztg. erbeten.

Culmerstr. 12, 3 Tr., ist 1 Wohn-, 3 Zim.,

Entree u. Zubehör von sogl. billig zu vermieten. Zu erfragen Gerchestr. 9.

Gerberstraße 25 ist die erste Etage von 4 Zimmern nebst Zubeh. vom 1. April zu verm. Näheres zu erf. in der 2. Etage.

Badestr. 12, Parterre-Wohnung, möbl. auch unmöbl., zu jedem Geschäft sich eignend, von sofort zu verm. Zu erfragen 1 Treppe, Hof.

Meiler.

Eine Wohnung von 3 Zim. nebst Zub. vom 1. April oder sogleich zu verm. **Al. Moder, G. Schütz,** Baunternehmer.

2 fein möbl. Bord.-Zim. z. v. Schillerstr. 19.

Ein möbl. Zim. m. P. b. z. v. Gerchestr. 13.

3. Etage, 4 Zimmer, Entree u. Zubehör per 1. April zu vermieten.

Szczypinski, Alter Markt.

Eine große hochherrschaftlich eingerichtete Parterre-Wohnung, Bromberger Vor-

stadt 1. Linie, bis dato von Herrn General von Klausowitz bewohnt, ist von sofort oder 1. April 1892 zu vermieten.

Näheres im Befehls-Geschäft von **Wegner & Co., Brückenstraße.**

1 Pferdebestall u. Wagenremise vom 1. Febr. zu vermieten Katharinenstr. 3.

C. Grau.

Ein möbl. Zimmer nebst Büchereigelaß zu vermieten Gerchestr. 2, III r.

Wohnungen,

3 Zimmer, helle Küche und Zubehör zu vermieten Mauerstraße 36.

W. Hoehle.

Die bisher von Herrn Hauptmann v. Hövel bewohnte Wohnung 1. Etage Tuchmacherstraße 2 ist vom 1. April cr. zu vermieten. Eine kleine Wohnung ist dort auch zu vermieten.

J. Frohwerk

Ein möbl. Zimmer nebst Kab. Breitestr. 8.

Schillerstraße 2. Etage ist eine freundl. Wohnung, 5 Zimmer, Küche, Wasser- und sämtl. Zubehör v. 1. April d. Js. an ruhige Mieter zu vermieten.

Parterre ist ein Zimmer nebst Kabinett vom 1. April zu verm. **G. Scheda.**

1 Wohnung, 3. Etage, 2 Zim., Küche und Zubehör per 1. April zu vermieten. **Paul Forster, Elisabethstr. 12.**

Herrschäftliche Wohnungen zu vermieten Deuter, Bromberger Vorstadt.

Ein großer Speicher mit Einfahrt von sofort zu vermieten.

Altstädter Markt 17. Geschw. Bayer.

Gerchestr. 35 fünf Zimmer, Wasserleitung, sofort zu vermieten.

BÉNÉDICTINE

Liqueur des anciens Bénédictins DE L'ABBAYE DE FÉCAMP (France)

Vortrefflich, tonisch, den Appetit und die Verdauung befördernd.



Man achte darauf, dass sich auf jeder Flasche die viereckige Etiquette mit der nebenstehenden Unterschrift des Generaldirektors befindet.

Nicht allein jedes Siegel, jede Etiquette, sondern auch der Gesamteindruck der Flasche ist gesetzlich eingetragen und geschützt. Vor jeder Nachahmung oder Verkauf von Nachahmungen wird mithin ernstlich gewarnt und zwar nicht allein wegen der zu gewärtigenden gesetzlichen Folgen, sondern auch hinsichtlich der für die Gesundheit zu befürchtenden Nachtheile, denen sich der Konsument aussetzen würde. Man findet den echten Bénédictine-Liqueur nur bei Nachgenanntem, welcher sich schriftlich verpflichtet, keine Nachahmung zu verkaufen:

A. Mazurkiewicz in Thorn.

HANS HOTTENROTH, General-Agent, HAMBURG.

Familienschlitten,

sowie einen Verdeckwagen, sehr gut erhalten, verkauft

F. Kampmann, Moser.

Kein Husten mehr.

Ein gutes Genußmittel sind bei allen Husten, Keuchhusten, Hals-, Brust- und Lungenleiden die Heldt'schen Zwiebelbonbons. In Packeten à 50, 30 und 10 Pfg. nur allein bei **Gustav Oterski.**

Den Interessenten theile ich mit, daß ich für gefallene Pferde, die mir auf meine Abbederei gebracht werden, 9 Mk., für solche, die ich abholen lasse, 6 Mk. zahle. Der Sicherheit halber bitte ich die Verkäufer, die Ueberbringer der Pferde anzuweisen, eine Bescheinigung über erfolgte Ablieferung der Pferde sich ausfertigen zu lassen. **Luedtke, Abbedereibesitzer,** Culmer Vorstadt 80.

Ziehharmonikas,

groß und solid gebaut, mit 20 Doppeltönen, Bässen, Doppelbass, Nidelbeschlag und prachtvollem Orgelton versendet zu 6 Mark 50 Nachnahme **Franz Hänsel,** Musikwaarengeschäft in Sohlis b. Leipzig.

Tadellose la Czkartoffeln

wie **Schneeflocken,** Späte **Rosen,** Daber'sche

empfiehlt und liefert frei ins Haus **Amand Müller, Culmerstr. 20.**

Ein möbl. Part.-Vorderzim. nebst Kabinett vom 1. Februar ab zu verm. Gerchestr. 8.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Moser, Band 15 Blatt 396, auf den Namen der Eigentümer **Alexander und Marie geb. Zorn-Noetzel'schen** Eheleute in Danzig eingetragene, zu Moser belegene Grundstück

am **26. März 1892**

vormittags 10 Uhr

vor dem unterzeichneten Gericht an Gerichtsstelle versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 0,98 Thaler Reinertrag und einer Fläche von 0,47,45 Hektar zur Grundsteuer, mit 252 Mk. Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei, Abtheilung V, eingesehen werden.

Thorn den 6. Januar 1892.

Bekanntmachung.

Der bei dem Fleischermeister und Gastwirth **Stephan Sawarkiewicz in Thorn. Papau** auf den 23. d. M. anberaumte Versteigerungstermin ist aufgehoben.

Thorn den 22. Januar 1892.

Bartelt, Gerichtsvollzieher.